

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 848 ppbn d



## Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag, bilanziert die Entwicklungspolitik der Wende-Regierung: Grundlegende Mängel. Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, unterstreicht die Forderung nach Anschaffpflicht auf Rücksitzen: Dollinger muß seine Lernfähigkeit beweisen. Seite 4

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, gratuliert dem Juristen Rudolf Wassermann zum 60. Geburtstag: Zu Dank verpflichtet. Seite 5

40. Jahrgang / 3

4. Januar 1985

### Abkehr zum Egoismus

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung wird den Erfordernissen nicht gerecht

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag

Die Entwicklungspolitik der Regierung Kohl leidet unter einem dreifachen Mangel:

- Die Bedürfnisse der Entwicklungsländer bleiben immer mehr auf der Strecke; statt dessen wird Eigennutz groß geschrieben.
- Die Bundesregierung hat kein überzeugendes Konzept für die Überwindung der Not in der Dritten Welt.
- Die entwicklungspolitische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik nimmt großen Schaden.

### Zum 1.:

Der Bundesregierung geht es sowohl auf dem nationalen als auch auf dem internationalen Feld der Nord-Süd-Beziehungen um die konsequente Durchsetzung egoistischer Interessen, wie die permanent erhobene Forderung des Entwicklungshilfeministers nach mehr Beschäftigungswirksamkeit bei Entwicklungsprojekten und die Nichtzeichnung der UNO-Seerechtskonvention ausweisen. Die Bundesregierung fördert die Tendenz, daß bei der Entwicklungshilfe stärker an sich selbst als an die bedürftigen Länder gedacht wird.

Dies bedeutet eine Abkehr von den entwicklungspolitischen Richtlinien, die der Deutsche Bundestag in seinen Beschlüs-



sen einmütig festgelegt hat. Danach hat vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik die Bekämpfung der absoluten Armut in der Dritten Welt zu sein. Danach soll die Bundesrepublik aktiv am Aufbau einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft mitwirken. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die in diesen Beschlüssen festgelegten Grundsätze für die deutsche Entwicklungspolitik endlich zu beachten. Solidarität und Menschlichkeit sind auch nach den Feiertagen gefordert.

Zum 2.:

Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 20. Dezember 1984 über die Wirtschaftslage in der Dritten Welt ausführt, gibt es immer noch keine "Entwarnung" für die ärmeren Länder. Nach wie vor sei das Pro-Kopf-Einkommen in vielen Ländern rückläufig, und die Lage habe sich für die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders verschlechtert. Für 1985 sei hier wenig Besserung zu erwarten; eine Reihe von Ländern, in denen mehr als 500 Millionen Menschen lebten, müßten 1985 einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung je Einwohner hinnehmen. Maßnahmen zur Entlastung dieser Länder seien erforderlich.

Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte schnelle Hilfe für Afrika reicht längst nicht aus. Deshalb fordert die SPD ein Sofortprogramm zur Überlebenssicherung für Menschen in den Hungerzonen der Dritten Welt und eine außerplanmäßige Aufstockung der Entwicklungshilfe für diesen Zweck. Das Weltbank-Programm für Schwarz-Afrika muß zügig mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Gleichzeitig müssen die einzelnen Geberländer und die Europäische Gemeinschaft ihre Mittel erhöhen und die einzelnen Maßnahmen mit dem Weltbank-Programm koordinieren.

So könnte zum Beispiel für Afrika eine allgemeine soziale, ökonomische und politische Katastrophe abgewehrt werden. Damit einhergehen muß die Verstärkung der Eigenanstrengungen der betreffenden Entwicklungsländer. Häufig sind politische Reformen und Reformen im Agrarbereich sowie die Stärkung von Verwaltung und Infrastruktur nötig.



Es geht nicht darum, den Krieg im Weltraum mit gigantischen Summen vorzubereiten, sondern die Schlacht gegen den Hunger auf der Erde zu gewinnen - dies ist die eigentliche Herausforderung, vor der wir stehen.

Zum 3.:

Die Glaubwürdigkeitslücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird immer größer. Da kritisiert die Bundesregierung die UN-Entscheidung, ein Konferenzzentrum in Äthiopien zu errichten, bleibt aber stumm, wenn in diesen Tagen Nahrungsmittel in Milliardenhöhe in der Europäischen Gemeinschaft vernichtet werden. Dies ist ein hausgemachter Skandal.

Solange in der Europäischen Gemeinschaft Milliardenbeträge für die Vernichtung, Verfütterung und Lagerung von Nahrungsmittelüberschüssen ausgegeben werden, die dann für die Bekämpfung von Hunger und Not in der Dritten Welt fehlen, wird keine Regierung für sich Glaubwürdigkeit in der Entwicklungspolitik in Anspruch nehmen können.

Die Lösung dieser Aufgabe, so der Oppositionsführer Helmut Kohl am 26. November 1980 vor dem Deutschen Bundestag, ist für die Glaubwürdigkeit der Entwicklungspolitik, insbesondere bei jungen Menschen, von großer Bedeutung. So ist es.

{-/4.1.1985/rs/ks}

+ + +



Dollinger muß seine Lernfähigkeit beweisen

Anschnallpflicht auf den Rücksitzen durchsetzen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Verband der Autoversicherer (HUK) und der Bundesverkehrsminister halten eine Anschnallpflicht auch auf den Pkw-Rücksitzen für absolut notwendig. Die Sozialdemokraten begrüßen dies und werden die Umsetzung dieser Forderung unterstützen. Dr. Dollinger muß seinen Worten jedoch Taten folgen lassen. Wir fordern ihn deshalb auf, seine Vorstellungen zu präzisieren und einen Zeitplan vorzulegen. Hier darf nichts auf die lange Bank geschoben werden. Dies gilt auch für das Bußgeld.

Der Bundesverkehrsminister will das Bußgeld erst dann einführen, wenn alle Autos in der Bundesrepublik mit Sicherheitsgurten auf den Rücksitzen ausgerüstet sind. Ein solches Zuwarten ist aber unverantwortlich. Bereits jetzt haben über 50 Prozent der Pkws Sicherheitsgurte für die Rücksitze. Diese müssen benutzt werden, denn der Gurt rettet Menschenleben. Appelle reichen nicht aus. Beides ist bewiesen. Auch Dr. Dollinger weiß es.

1982 hat der Bundesverkehrsminister das Bußgeld für Gurtmuffel, dessen Einführung sein sozialdemokratischer Vorgänger Volker Hauff bereits beschlossen hatte, entgegen den Ratschlägen aller Verkehrssicherheitsexperten wieder zurückgezogen. Damals meinte er, Appelle an das ethische Verantwortungsbewußtsein würden ausreichen. Bewirkt hat er aber nichts - im Gegenteil. Die Gurtanlagequote sank, die Zahl der Verkehrstoten stieg und der Unfallverhütungsbericht 1983 fiel negativ aus.

Mitte 1984 hat sich Dr. Dollinger dann endlich revidiert und das Bußgeld für Gurtmuffel auf den Vordersitzen eingeführt. Er hat aber zwei wichtige Jahre vertan. Noch schwerer wiegen die Toten und Verletzten, die möglicherweise durch sein zögerliches und mißverständliches Verhalten zu beklagen sind.

1984 ging die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ganz deutlich zurück. 1983 verloren 11.732 Menschen ihr Leben im Straßenverkehr. Es wird erwartet, daß diese Zahl für 1984 auf unter 10.000 absinkt. Selbst der Bundesverkehrsminister führt diesen Rückgang auch auf die Einführung des Bußgeldes für Gurtmuffel auf den Vordersitzen zurück. Dies alles hätten wir aber viel früher haben können.

Hier sind Fehler gemacht worden. Keiner macht den gleichen Fehler zweimal. Hiervon gibt es keine Ausnahme - auch für Dr. Dollinger nicht. Er muß jetzt seine Lernfähigkeit beweisen. Er muß die mit einem Bußgeld bewehrte Anschnallpflicht auch auf den Pkw-Rücksitzen einführen, wie die Sozialdemokraten es in ihrem Verkehrssicherheitsprogramm gefordert haben.  
(-/4.1.1985/rs/ks)

+ + +



Rudolf Wassermann wird 60 Jahre

Die SPD ist dem Braunschweiger Juristen zu Dank verpflichtet

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am 5. Januar 1985 wird Rudolf Wassermann - Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig - 60 Jahre alt.

Sein Name ist aus der rechtspolitischen Diskussion der letzten zwanzig Jahre in der Bundesrepublik und in der SPD nicht wegzudenken. Er hat diese Diskussion wie nur wenige geprägt. Immer wieder hat er es verstanden, Defizite und Mängel unserer Rechtsordnung ins öffentliche Bewußtsein zu rufen und damit die Voraussetzungen zu schaffen, daß ihre Beseitigung in Angriff genommen werden konnte. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei hier nur beispielhaft an seine Beiträge zur Reform der Juristenausbildung, zu dem Problem der Zugangsbarrieren und der Chancengleichheit in der Justiz oder zum politischen Richter erinnert.

Rechtspolitischen Reformen muß in der öffentlichen Diskussion der Boden bereitet sein. Sie bedürfen immer eines gesellschaftlichen Umfeldes, das für sie aufgeschlossen ist. Sonst sind sie entweder überhaupt nicht oder nur unter größten Schwierigkeiten durchsetzbar. Dies galt auch für die Reformen der sozialliberalen Koalition, die in vielen Fällen das Rechts- und Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes erst mit Leben erfüllt haben. Daß für sie das gesellschaftliche Umfeld geschaffen wurde, ist auch Rudolf Wassermann zu danken.

Er hat für diese Reformen Anstöße gegeben und sie teilweise unmittelbar mit vorbereitet. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die von einer Kommission der ASJ unter seiner Leitung erarbeiteten "Leitsätze zur Justizpolitik", die im März 1968 in ihren wesentlichen Punkten vom Nürnberger Parteitag der SPD übernommen wurden und an seine Tätigkeit als Mitarbeiter des ehemaligen Bundesjustizministers Heinemann im Bundesjustizministerium.

Auch nach seiner Rückkehr in den Justizdienst hat er die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition mit solidarischer Kritik gefördert, davon lange Jahre in seiner Funktion als Bundesvorsitzender der ASJ. Es spricht für seine Geradlinigkeit, daß er sich nicht gescheut hat, der Partei manchmal auch unbequeme Wahrheiten zu sagen, wenn er es für erforderlich hielt. Eine lebendige Partei, die nicht in Dogmatismus erstarren will, muß dies nicht nur ertragen können, sondern dankbar entgegennehmen.

Rudolf Wassermann hat sich für eine sozial- und rechtsstaatliche Rechtspolitik verdient gemacht. Die SPD ist ihm zu Dank verpflichtet. (-/4.1.1985/rs/ks)

+ + +

